

Aus der Gemeinderatssitzung vom 18. März 2014

Rund 12,6 Millionen Euro gehen in diesem Jahr über den Schreibtisch von Kämmerer Martin Eicher. Der Haushaltsentwurf für 2014 wurde erstmals öffentlich diskutiert. Stabile Steuereinnahmen bei gleichbleibendem Hebesatz, steigende Einkommenssteueranteile, keine Neuverschuldung und eine Schuldenreduzierung von mehr als einer halben Million Euro. Der eingeschlagene Weg, die Schulden bis zum Jahr 2016 zu halbieren, kann wohl eingehalten werden.

Mit dem Haushalt 2014 sei es gelungen sämtliche Themenfelder, die man sich vorgenommen habe einzuarbeiten, freute sich Bürgermeister Hans Thiel. Die finanzielle Situation biete die Möglichkeit diese auch umzusetzen, weil sich die Entwicklung der Einkommenssteuer sehr positiv abzeichne, so das Gemeindeoberhaupt in seinem Vorwort, ehe Kämmerer Martin Eicher die Eckdaten des Haushaltes vortrug. Der Verwaltungshaushalt (für laufende Einnahmen und Ausgaben) liegt mit knapp 8,08 Millionen Euro 1,51 Prozent über dem Vorjahresniveau. Der Vermögenshaushalt (für Investitionen) fällt mit 4,48 Millionen Euro um mehr als 14 Prozent niedriger aus als 2013. Dem Vermögenshaushalt kann die Gemeinde dank der stabilen Einnahmesituation 1,3 Millionen aus dem Verwaltungshaushalt zuführen. Im Vorjahr waren es rund 40 Prozent mehr, wie Kämmerer Martin Eicher erläuterte. Mit rund 1,9 Millionen rechne die Gemeinde bei den Einnahmen der Gewerbesteuer und dank der Vollbeschäftigung mit einem Einkommenssteueranteil in Höhe von 2,7 Millionen Euro. Als sehr schmerzhaft bezeichnete der Kämmerer den Rückgang der Schlüsselzuweisungen von rund 46 Prozent, die im vergangenen Jahr noch 477.800,00 Euro betragen. In diesem Jahr sei hier mit 260.200,00 Euro zu rechnen. Auch in diesem Jahr übersteigen die laufenden Betriebskosten für Kinderkrippen, Kindergärten und Schule in diesem Jahr wieder die ein Millionen-Marke und stellen neben der Kreisumlage mit 1,7 Millionen Euro die höchste Ausgabe des Verwaltungshaushaltes dar. Weitere Investitionsschwerpunkte sind die Beschaffung eines neuen Feuerwehrfahrzeuges für die FF Barbing, Restkosten des Neubaus der Kinderkrippe in Barbing (300.000,00 Euro), die energetische Sanierung des Vereinsheimes Illkofen (400.000,00 Euro), eine neue Heizanlage für das Feuerwehrhaus und das Haus der Vereine in Sarching mit je 65.000,00 Euro sowie die Sanierung der Wohnanlage Kirchstraße 19 in Barbing mit rund 70.000 Euro werden davon erfasst. Rund 750.000,00 Euro will die Gemeinde in den Breitbandausbau stecken und rund 430.000,00 Euro werden eingeplant für die Dorferneuerung Illkofen einschließlich der Friedhofsmauer. 5.347.000,00 Euro sind für die Tilgung von Krediten vorgesehen. Dank der Investitionen der vergangenen Jahre gerade im Bereich Sanierung der Schule und Ausbau der Kinderbetreuung, habe man eine gute Basis. Abschließend stellte Kämmerer Martin Eicher zum Haushalt fest, dass dieser eine Vielzahl kleinerer und mittlerer Maßnahmen enthalte, die in der Summe jedoch sehr umfangreich seien. Ein Darlehen sei vor allem deshalb nicht nötig, weil das Vorjahr sehr positiv abgeschlossen werden konnte. Dieser Vorjahresabschluss zeige die tatsächliche Leistungsstärke der Gemeinde Barbing, konstatierte Eicher und hob hervor, dass durch die hohe Steuerkraft in Kombination mit einer verringerten Investitionstätigkeit konnten im Jahr 2013 rund 1,5 Millionen Euro erwirtschaftet werden. Die Gesamtverschuldung werde bis zum Ende des Haushaltsjahres 2014 um 11,6 Prozent verringert. Im Haushalt 2015 sei einer weitere Tilgung von 932.500,00 Euro

vorgesehen. Der Schuldenstand würde dann Ende 2015 etwa 3,1 Millionen Euro betragen und somit die Pro-Kopf-Verschuldung von 846 Euro auf 585 Euro reduzieren. Diese Entwicklung, die Verschuldung bis zum Jahr 2016 zu halbieren, entspreche absolut der Vorgabe, die der Gemeinderat beim Haushalt 2013 beschlossen habe, resümierte Eicher. SPD-Fraktionssprecher Karl-Heinz Till lobte den eingeschlagenen Weg und den Haushaltsplan, ebenso wie CSU-Fraktionssprecher Hans-Joachim Klotz, ehe die Gemeinderäte den Haushalt als Satzung verabschiedeten.

Weitere gute Nachrichten konnte Bürgermeister Hans Thiel überbringen: Am Montag, 31.3. könne nun endlich die Bundesstraße, die bis dato noch immer offiziell durch den Ort Barbing führt, mit der Ortsumgehung getauscht werden.

Neben dem Haushalt befasste sich der Gemeinderat Barbing in seiner jüngsten Sitzung auch mit der Fortschreibung des Flächennutzungsplans (FNP). Vor drei Jahren beschloss die Gemeinde die Neuauflage des Flächennutzungsplanes, nun stand der Abwägungsbeschluss auf der Tagesordnung. Dem Planungsverfahren gingen zahlreiche Workshops und Termine voraus bei denen die Bürger ihre Ideen und Anregungen einbrachten und in den Planungen Niederschlag fanden. Wie im Rahmen der Sitzung aus den Erläuterungen des Planers Bernhard Bartsch und Bürgermeister Hans Thiel hervorgingen, besitzt der FNP weder eine unmittelbare Rechtswirkung gegenüber den Bürgern oder den Eigentümern der überplanten Grundstücke, noch lassen sich aus ihm verbindliche Grundstückswerte ableiten. Und doch kommt dem FNP eine besondere Bedeutung im Rahmen der künftigen Entwicklung eines Ortes zu. Denn hier entscheidet die Gemeinde grundsätzlich, in welcher Weise und für welchen Zweck, wie beispielsweise Bebauung, Verkehr, Landwirtschaft oder Erholung, die vorhandenen Flächen sinnvoll und sachgerecht genutzt werden können. Normalerweise habe ein FNP einen Planungshorizont von zehn bis fünfzehn Jahren, doch meist werde er auf 20 oder 25 Jahre ausgerichtet, erläuterte Bernhard Bartsch. Seine Ausführungen ergänzte der Planer auch mit den ausgearbeiteten Bedarfsprognosen der Flächenausweisungen, die ebenso, wie auch der Schallschutz zu einem überwiegenden Teil der Einwendungen führten. Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens reichten neben den Trägern öffentlicher Belange (Nachbargemeinden, Fachstellen, Behörden und Organisationen), auch einige Bürgerinnen und Bürger, überwiegend aus den Reihen des BürgerForums Barbing, ihre Einwendungen und Beschwerden ein. Bei vier Gegenstimmen entschloss sich der Gemeinderat dem Abwägungsbeschluss grünes Licht zu geben. „Der Gemeinderat steckt seit drei Jahren in der Materie drin. Die Bürger warten auf eine Entscheidung“, so das Gemeindeoberhaupt der eine demokratische Abstimmung forderte, nachdem SPD-Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Till monierte, dass für ihn die Zeit zu kurz gewesen sei, um sich mit allen Einwendungen und Stellungnahmen ausführlich zu befassen und in einem Antrag um Verschiebung der Tagesordnung gebeten hatte. Bartsch betonte, dass es vor den jeweiligen Beschlüssen sinnvoller sei, das schalltechnische Gutachten voranzustellen, da dies ebenso Grundlage des Abwägungsbeschlusses für den FNP sei, wie auch die Bedarfsprognose der ausgewiesenen Flächen. Ingenieur Gerhard Frauenstein stellte heraus, dass die schalltechnische Untersuchung noch einmal konkretisiert wurde, ausgehend vom „Ist-Zustand“ und einer Prognose bis zum Jahr 2030. Schalltechnisch am höchsten belastet sei derzeit die Johann-Michael-Sailer-Straße, bei den anderen Straßen sei die Lärmbelastung moderat, so Frauenstein, der mit graphischen Darstellungen verdeutlichte, dass eine Bebauung im Südosten Barbings

den Lärmschutz deutlich verbessere und eine noch größere Verbesserung herbeigerufen werde, wenn der aktive Lärmschutz an der Ortsumgebung verbessert würde. Noch deutlicher wurde bei der Darstellung die Reduzierung des Lärms mit dem dreispurigen Ausbau der Autobahn und dem dazugehörigen Lärmschutz. „Das schalltechnische Gutachten bringt keine Erkenntnisse, die dazu führen, dass die Bebauung nicht realisierbar wäre, allerdings mit den entsprechenden Maßnahmen“, betonte Diplom-Ingenieur Bernhard Bartsch, der weiter ausführte, dass nach den städtebaulichen Zielvorgaben eine bedarfsgerechte Erweiterung gerechtfertigt sei. Bei einer linearen Weiterentwicklung ergebe sich bei einer Belegungsdichte von 2,26 aktuell eine Bedarfsüberdeckung von rund zwei Hektar bei einer Ausweisung von rund 33 Hektar. Inkludiert seien hier rund vier Hektar Baulücken, die geschlossen werden könnten. Bürgermeister Hans Thiel schlug vor, dass man an den Planungen festhalten wolle und den Planungshorizont auf 20 Jahre verlängere. Mehrheitlich beschloss der Gemeinderat abschließend den FNP entsprechend der im Rahmen der Sitzung gefassten Beschlüsse zu ändern und zu ergänzen. Da nur wenige Änderungen vorgenommen wurden, kann die Auslegungsphase auf zwei Wochen verkürzt werden. Stellungnahmen und Einwendungen können jedoch nur zu den Änderungen abgegeben werden, ließ der Planer wissen, der den Gemeinderäten empfahl, dass der FNP noch mit dem jetzigen Gemeinderat zu seinem Abschluss gebracht werden sollte, dies habe den Vorteil, dass der neue Gemeinderat nicht erst intensiv eingearbeitet werden müsse, denn dieser komme in Zukunft sowieso mit den FNP in Berührung. ©Christine Kroschinski

Aus der nicht öffentlichen Sitzung:

In der nicht öffentlichen Sitzung vergab der Gemeinderat im Rahmen der Dorferneuerung Illkofen verschiedene Aufträge. Darunter den Auftrag zur Tragwerksplanung, den Architektenvertrag und die Nutzungsvereinbarung betreffend die Auburg, sowie den Auftrag an Bayernwerk zur Erweiterung der Straßenbeleuchtung im Bereich des Dorfplatzes Illkofen. Im Rahmen der Dorferneuerung Friesheim wurden die Aufträge für die Errichtung der Parklätze bei der Kirche und beim Vereinsheim vergeben. Den Auftrag erhielt die Fa. Weber aus Siegenstein, genauso wie den Auftrag zur Errichtung der Bushaltestellen in Barbing.